SPD

DEUTSCHLANDS ZUKUNFT GESTALTEN

UNSERE HANDSCHRIFT IM KOALITIONSVERTRAG

www.spd.de

Liebe Genossin, lieber Genosse,

in den letzten Wochen haben wir hart mit CDU und CSU verhandelt. Und wir haben dabei viel erreicht. Der zwischen SPD und Unionsparteien ausgehandelte Koalitionsvertrag trägt eine sozialdemokratische Handschrift und beinhaltet vieles, was das Leben der Menschen in Deutschland erleichtern und besser machen soll. Er zeigt, dass Politik keine abstrakte Veranstaltung irgendwo in der Mitte Berlins ist, sondern Arbeiten und Zusammenleben in unserem Land ganz konkret in den Blick nimmt. Deshalb legen wir ihn den Mitgliedern zur Abstimmung vor.

Alle zentralen Forderungen, die wir durchgesetzt haben, findest Du in dieser Kurzfassung des Koalitionsvertrages. Überzeug Dich selbst vom Verhandlungsergebnis und sprich bitte mit Deinen Freunden, Nachbarn, am Arbeitsplatz und in der Familie darüber, was wir zusammen erreicht haben. Denn all diese Punkte können wir nur umsetzen, wenn es eine intensive Diskussion über die Ergebnisse und am Ende ein positives Votum unserer Mitglieder gibt. Mit diesem Votum entscheiden wir über die Zukunft der SPD in den nächsten Jahren und vor allem über das Schicksal vieler Millionen Menschen in Deutschland, die uns gewählt haben. Vor allem sie vertrauen uns und erhoffen sich konkrete Verbesserungen ihrer Lebensumstände. Und genau das können und wollen wir mit diesem Vertrag leisten.

Deshalb: Sag JA beim Mitgliedervotum und wirb auch bei anderen Genossinnen und Genossen dafür.

Mit solidarischen Grüßen

Sigmar Gabriel

Dein Sigmar Gabriel

MITMACHEN. MITENTSCHEIDEN. *SO GEHT ES!*

Wenn Du möchtest, dass dieser Koalitionsvertrag umgesetzt werden soll, dann mach mit beim Mitgliedervotum! Dafür brauchst du nur deine Briefwahlunterlagen. Und so geht es:

- **Kreuze auf dem Stimmzettel JA oder NEIN an.**
- **Stecke den Stimmzettel in den blauen Umschlag und klebe ihn zu.**
- **Fülle die eidesstattliche Erklärung aus.**
- **Stecke die eidesstattliche Erklärung und den blauen Umschlag in den Rückumschlag. Klebe diesen zu und stecke den Umschlag schnell in den nächsten Briefkasten.**

Dein Brief muss bis zum 12.12. im Postfach eingegangen sein. Also wirf den Brief drei Arbeitstage vorher ein – also spätestens am 9.12.! Wenn du dich an dieses Vorgehen hältst, kannst du sicher sein, dass deine Stimme gezählt wird.

Mehr über den Koalitionsvertrag erfahren? Jetzt informieren!

Unter spd-mitgliedervotum.de kannst du den Koalitionsvertrag herunterladen. Außerdem findest du dort viele Informationen und Hintergründe zu den einzelnen Themen.

Zusätzlich hat der VORWÄRTS eine Sonderausgabe mit dem Koalitionsvertrag an alle SPD-Mitglieder verschickt.

MITGLIEDER VOTUM
MITMACHEN. MITENTSCHEIDEN.

WAS WIR ERREICHT HABEN:

- ✓ einen gesetzlichen **Mindestlohn von 8,50 Euro** ab 2015!
- ✓ mehr Tarifbindung und damit **bessere Tariflöhne**!
- ✓ **gleicher Lohn für gleiche Arbeit** und die Eindämmung von Leih- und Zeitarbeit und des Werksvertrags-Unwesens!
- ✓ die **abschlagsfreie Rente mit 63** nach 45 Beitragsjahren (mit Zeiten der Arbeitslosigkeit!); für Ältere beginnt der Ausstieg mit 63 Jahren, für Jüngere mit 64 bzw. 65 Jahren!
- ✓ eine **Verbesserung der Renten** für Erwerbsgeminderte, ein konkreter Fahrplan für die **Angleichung der Renten in Ost und West** sowie eine **Mindestrente von rund 850 Euro** für langjährig Versicherte mit niedrigen Einkommen!
- ✓ mehr **Gleichberechtigung von Frauen** durch ein **Entgeltgleichheitsgesetz** und eine **gesetzliche Quote in Aufsichtsräten**!
- ✓ eine sozial verträgliche und **bezahlbare Energiewende**!
- ✓ 6 Milliarden Euro **mehr für Kitas, Schulen und Hochschulen**!
- ✓ 5 Milliarden Euro **mehr** pro Jahr **für die Kommunen** im Rahmen der Entlastung der Eingliederungshilfe!
- ✓ eine **Mietpreisbremse** und mehr Mittel für Städtebau!
- ✓ 5 Milliarden Euro **mehr** für die dringend benötigten **Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur**!
- ✓ 4 Milliarden Euro **mehr** für die **bessere Pflege** und mehr Pflegekräfte!
- ✓ die **Abschaffung des „Optionszwangs“** für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder!
- ✓ die strikte **Regulierung der Finanzmärkte** und Banken!
- ✓ die Durchsetzung der **Besteuerung der Finanzmarktspekulationen**!
- ✓ die stärkere **Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit** und Initiativen für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa!
- ✓ Mehr Transparenz und **keine Rüstungsexporte** mehr in Spannungsgebiete und an Diktaturen!

ARBEIT

Wir schaffen eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Der Wert der Arbeit wird wieder hergestellt. Damit es sich lohnt, zu arbeiten und sich anzustrengen. Dafür fördern wir existenzsichernde Arbeit und sozial abgesicherte Arbeitsverhältnisse – und wir stoppen die Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Wir haben durchgesetzt:

- ✓ Der **gesetzliche Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro** kommt zum 1. Januar 2015. Überall, in Ost und West. Die weitere Entwicklung des Mindestlohns legt eine Kommission der Tarifpartner fest.
- ✓ Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz wird für alle Branchen geöffnet. So können überall **tariflich vereinbarte Branchenmindestlöhne** durchgesetzt werden.
- ✓ Tarifverträge können zukünftig für allgemeinverbindlich erklärt werden, wenn ein öffentliches Interesse vorliegt. Sie gelten dann für die gesamte Branche.
- ✓ Der **Missbrauch von Werkverträgen wird eingedämmt.** Die Betriebsräte bekommen hier mehr Rechte.
- ✓ Die **Leiharbeit** wird gerecht geregelt. Zukünftig gilt: **gleicher Lohn für gleiche Arbeit** für Leiharbeit und Stammbelegschaft spätestens nach 9 Monaten. Leiharbeit darf keine Dauerlösung sein. Sie wird auf maximal 18 Monate begrenzt.
- ✓ Wir schaffen einen **Anspruch auf befristete Teilzeitarbeit** mit einem Rückkehrrecht zur früheren Arbeitszeit.

RENTE

Wer lange und hart gearbeitet hat, darf im Alter nicht von Altersarmut bedroht sein. Darum schaffen wir bessere Übergänge vom Arbeitsleben in die Rente. Wir haben durchgesetzt:

- ✓ Wer 45 Jahre Beiträge in die Rentenkasse (mit Zeiten der Arbeitslosigkeit) eingezahlt hat, wird ab dem 1. Juli 2014 schon **ab 63 Jahren ohne Abschläge in Rente** gehen können. Für Ältere beginnt der Ausstieg mit 63 Jahren, für Jüngere mit 64 bzw. 65 Jahren.
- ✓ Wer aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten kann, wird durch eine gute **Erwerbsminderungsrente abgesichert** sein.
- ✓ Wer immer **gearbeitet hat**, wird mehr Rente als nur die Grundsicherung bekommen – auch, wenn der Lohn nur gering war und wenig in die Rentenkasse eingezahlt wurde. Dafür kommt die **solidarische Lebensleistungsrente**: mit rund 850 Euro. Dies kommt vor allem Geringverdienern zugute und Menschen, die Angehörige gepflegt oder Kinder erzogen haben.
- ✓ Auch die **Angleichung der Renten in Ost und West** kommt. Spätestens 2019 erfolgt die vollständige Angleichung der Rentenwerte.
- ✓ Einig sind wir uns mit der Union auch bei der sogenannten **Mütterrente**. Ab dem 1. Juli 2014 werden Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, in der Rente bessergestellt.

FAMILIE UND GLEICHSTELLUNG

Eine moderne Familien- und Gleichstellungspolitik muss Familien dabei unterstützen, ihre unterschiedlichen Lebensentwürfe bestmöglich zu verwirklichen und eine moderne Partnerschaftlichkeit leben zu können. Darum haben wir durchgesetzt:

- Wir werden die 36 Monate **Elternzeit flexibler gestalten**. Dazu sollen auch ohne die Zustimmung des Arbeitgebers nach angemessener vorheriger Anmeldung zukünftig 24 statt 12 Monate zwischen dem 3. bis 8. Lebensjahr des Kindes von Müttern und Vätern in Anspruch genommen werden können.

- Mit einem **„ElterngeldPlus“** wollen wir Eltern für die Dauer von bis zu 28 Monaten die bestmögliche Inanspruchnahme des Elterngeldes in Kombination mit einer nicht geringfügigen Teilzeittätigkeit ermöglichen. Dabei werden wir einen Partnerschaftsbonus für alle Elterngeldbeziehenden, die beide parallel 25 bis 30 Wochenstunden arbeiten, einführen.

- Wir werden **Geschlechterquoten in Vorständen und Aufsichtsräten** großer Unternehmen gesetzlich einführen. Aufsichtsräte von voll mitbestimmungspflichtigen und börsennotierten Unternehmen sollen eine Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent aufweisen.

- Wir werden ein **Entgeltgleichheitsgesetz** einführen, um in Unternehmen verbindlich das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit“ für Frauen und Männer besser zur Geltung zu bringen.

INTEGRATION

Deutschland ist ein offenes Land. Wir fordern ein gleichberechtigtes gesellschaftliches Miteinander ein. Denn Vielfalt verstehen wir auch als wichtige Zukunftsressource für unser Land. Darum haben wir durchgesetzt:

- Für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern **entfällt in Zukunft der Optionszwang**. Sie müssen sich nicht mehr zwischen zwei Staatsbürgerschaften entscheiden, sondern können die doppelte Staatsbürgerschaft erhalten.

- Wir wollen deutlich mehr junge **Migrantinnen und Migranten** für eine Ausbildung im **öffentlichen Dienst** gewinnen. Ab dem Jahr 2014 werden wir in Bundesministerien und Geschäftsbereichsbehörden auf freiwilliger Grundlage den Anteil von Migrantinnen und Migranten anhand einheitlicher Standards erheben.

- Die räumliche Beschränkung (sogenannte **Residenzpflicht**), für Asylbewerber und Geduldete wird auf das jeweilige Land ausgeweitet.

- Der **Zugang zum Arbeitsmarkt wird für Asylbewerber** und Geduldete nach 3 Monaten geöffnet. Asylbewerbern und Geduldeten werden wir in Zusammenarbeit mit den Ländern den frühen Spracherwerb ermöglichen.

KOMMUNEN UND BILDUNG

In den Städten und Gemeinden entscheidet sich, ob das Zusammenleben in unserer Gesellschaft gelingt. Unsere Städte und Gemeinden müssen für alle da sein. In ihnen entscheidet sich auch, ob Kinder gute Kindergärten und Schulen finden. Wir haben durchgesetzt:

- ✓ Wir werden ein Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderung (Bundesteilhabegesetz) erarbeiten. Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes wird der Bund zu einer jährlichen **Entlastung der Kommunen bei der Eingliederungshilfe** in Höhe von 5 Milliarden Euro beitragen. Bereits vorher werden die Kommunen mit einer Milliarde Euro finanziell entlastet.
- ✓ Für die **Städtebauförderung** stellen wir zusätzlich 600 Millionen Euro zur Verfügung.
- ✓ **Zur Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen** werden die Länder in Höhe von 6 Milliarden Euro entlastet. Die Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuung werden bei Bedarf aufgestockt.
- ✓ Die **Ganztagsbetreuung** in Kindertageseinrichtungen wollen wir schrittweise ausbauen.
- ✓ Bund und Länder werden zur weiteren Realisierung des **Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz** für unter 3jährige ein drittes Investitionsprogramm auflegen.
- ✓ Die **Gewerbesteuer bleibt** als wichtige Einnahmequelle der Kommunen unverändert erhalten.

BEZAHLBARES WOHNEN

Die Wohnung und das Wohnumfeld sind eine wichtige Voraussetzung für ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben. In den Städten muss darum ausreichend Wohnraum vorhanden und für untere und mittlere Einkommensgruppen erschwinglich sein. Wir haben durchgesetzt:

- ✓ Der **soziale Wohnungsbau** hat wieder eine Zukunft. Wir unterstützen die hierfür zuständigen Länder bis Ende 2019 mit jährlich 518 Millionen Euro für den Bau neuer Sozialwohnungen, neue Sozialbindungen sowie für die sozialverträgliche Sanierung des Wohnungsbestandes.
- ✓ Wir führen eine **Mietpreisbremse** ein. Die Länder können Mieterhöhungen auf maximal 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete beschränken.
- ✓ Künftig dürfen nur noch höchstens 10 % von **Modernisierungskosten** auf die Miete umgelegt werden. Diese Kosten dürfen nur solange auf die Miete umgelegt werden, bis die Modernisierungskosten abbezahlt sind.
- ✓ Für **Maklerleistungen** gilt zukünftig: **wer bestellt, der bezahlt.** Also in der Regel der Vermieter.
- ✓ Um Menschen mit geringeren Einkommen direkt zu helfen und gutes Wohnen zu ermöglichen, wollen wir die Leistungen des **Wohngeldes** weiter verbessern, indem wir Leistungshöhe und Miethöchstbeträge an die Bestandsmieten- und Einkommensentwicklung anpassen.

INFRASTRUKTUR UND ENERGIEWENDE

Ein Industrieland wie Deutschland braucht eine moderne Infrastruktur. Infrastruktur-Investitionen sind eine wichtige Zukunftsvorsorge. Die Energiewende muss ein Erfolg werden, damit die Energieversorgung sicher, sauber und bezahlbar ist.

- ✓ Für Investitionen in die **Verkehrsinfrastruktur** werden wir 5 Milliarden Euro bereitstellen.
- ✓ Die Bahn AG wird als integrierter Konzern erhalten. Es wird **keine Bahnprivatisierung** geben.
- ✓ Bis 2018 soll es eine **flächendeckende Grundversorgung mit schnellem Internet** geben.
- ✓ Wir werden das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) schnell reformieren. Der weitere **Ausbau der Erneuerbaren Energien** erfolgt nach einem Ausbaukorridor: Ihr Anteil soll 40-45% im Jahre 2025 betragen und 55-60% im Jahr 2035. So kommt die Energiewende voran und die Kosten bleiben im Rahmen.
- ✓ National wollen wir die **Treibhausgas-Emissionen** bis 2020 um mindestens 40 % gegenüber dem Stand 1990 **reduzieren**. Wir werden 2014 zum ersten Mal einen **Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz** erarbeiten.
- ✓ Das sogenannte „Fracking“ mit umweltschädlichen Substanzen zur Erdgasgewinnung wird es in Deutschland nicht geben.

GESUNDHEIT UND PFLEGE

Wir werden eine gute medizinische Versorgung für alle verlässlich sichern und gerecht finanzieren. Die Zwei-Klassen-Medizin bauen wir schrittweise ab. Wir haben durchgesetzt:

- ✓ Mit einer **Termingarantie für gesetzlich Versicherte** werden wir die Wartezeit auf einen Arzttermin für viele deutlich verkürzen. Bei einer Überweisung an einen Facharzt werden sie künftig innerhalb einer Woche einen Behandlungstermin bekommen. Nach einer Wartezeit von vier Wochen wird ein Termin zur ambulanten Behandlung in einem Krankenhaus angeboten.
- ✓ Die **Kopfpauschale ist weg**. Es wird keine pauschalen Zusatzbeiträge bei den gesetzlichen Krankenkassen mehr geben, sondern nur noch als prozentualer Satz vom beitragspflichtigen Einkommen. Das heißt: wer mehr verdient, zahlt auch höhere Zusatzbeiträge.
- ✓ Die **zehntägige Auszeit für Angehörige in der Pflege**, die kurzfristig Zeit für die Organisation einer neuen Pflegesituation benötigen, werden wir mit einer Lohnersatzleistung analog dem Kinderkrankengeld koppeln.
- ✓ Wir werden den Beitragssatz um 0,5 Prozentpunkte erhöhen, um kurzfristig die **Leistungen der Pflegeversicherung** und die **Qualität im Pflegebereich** durch einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff **zu verbessern**. Für die bessere Pflege und mehr Pflegekräfte investieren wir zusätzlich 4 Milliarden Euro.

FINANZMARKTREGULIERUNG UND STEUERBETRUG

Finanzmärkte brauchen Regeln, die das Gemeinwohl sichern und verhindern, dass Demokratien erpressbar gemacht werden. Auch durch Steuerbetrug wird dem Gemeinwesen erheblicher Schaden zugefügt. Wir haben durchgesetzt:

- ✓ Um **Transparenz bei der Feststellung von Managergehältern** herzustellen, wird über die Vorstandsvergütung künftig die Hauptversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrats entscheiden.
- ✓ Die neue Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, dass in Europa die **spekulativen Investmentbanken von dem klassischen Geschäftsbankengeschäft strikter getrennt** werden.
- ✓ Wir werden Maßnahmen ergreifen, um die **Spekulation mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln** einzudämmen.
- ✓ Mit einer **Finanztransaktionssteuer** werden wir Spekulationsgeschäfte in Europa endlich besteuern. Sie wird nahezu alle Finanzspekulationen erfassen.
- ✓ Wir werden den **Kampf gegen Gewinnverlagerungen von Unternehmen** ins Ausland entschlossen vorantreiben, uns für umfassende Transparenz zwischen den Steuerverwaltungen einsetzen und gegen schädlichen Steuerwettbewerb vorgehen.
- ✓ Wir werden **konsequent gegen Steuervermeidung durch Nutzung von Offshore-Finanzplätzen** vorgehen.

EUROPA

Die europäische Idee fasziniert die Menschen. Aber der gegenwärtige Zustand der EU schreckt viele ab. Europa muss mehr denn je der Ort werden, der dem Marktradikalismus sein Modell einer sozialen und nachhaltigen Demokratie und Marktwirtschaft entgegenstellt. Darum haben wir durchgesetzt:

- ✓ Damit Europa dauerhaft einen Weg aus der Krise findet, brauchen wir mehr als Strukturreformen für Wettbewerbsfähigkeit und Haushaltskonsolidierung. Sie müssen mit **Zukunftsinvestitionen in Wachstum und Beschäftigung** in sozial ausgewogener Weise verbunden werden.
- ✓ Ziel beim weiteren europäischen Krisenmanagement muss es sein, sicherzustellen, dass künftig in erster Linie die **Banken selbst für ihre Risiken haften und nicht die Steuerzahler**.
- ✓ Die **Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit** wird deshalb eine Priorität unserer Politik in Europa sein. Wir werden bei der Umsetzung der vereinbarten Jugendgarantie mit gutem Beispiel vorangehen.
- ✓ Die europäische **Entsenderichtlinie** wollen wir so verändern, dass in ganz Europa gilt: gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort.
- ✓ Die **öffentliche Daseinsvorsorge**, insbesondere auf regionaler und kommunaler Ebene (z. B. die Wasserversorgung), gehört zum Kernbestand staatlicher Aufgaben. Sie werden wir bewahren.

DIE STRUKTUR DER **KOALITIONSVERHANDLUNGEN**

RUNDE DER PARTEIVORSITZENDEN

KLEINE RUNDE

CDU	CSU	SPD
Merkel, Kauder, Pofalla, Gröhe, Bouffier	Seehofer, Hasselfeldt, Stamm, Dobrindt	Gabriel, Kraft, Steinmeier, Scholz, Nahles, Hendricks

GROßE RUNDE

CDU/ CSU

Unsere Vertreterinnen und Vertreter in den Verhandlungsgruppen:

Doris Ahnen, Torsten Albig, Jens Böhrnsen, Katrin Budde, Malu Dreyer, Martin Dulig, Elke Ferner, Sigmar Gabriel, Iris Gleicke, Hubertus Heil, Barbara Hendricks, Eva Högl, Ulrich Kelber, Hannelore Kraft, Christine Lambrecht, Karl Lauterbach, Andrea Nahles, Thomas Oppermann, Aydan Özoguz, Florian Pronold, Thorsten Schäfer-Gümbel, Nils Schmid, Olaf Scholz, Martin Schulz, Manuela Schwesig, Erwin Sellering, Ralf Stegner, Peer Steinbrück, Frank Walter Steinmeier, Ute Vogt, Stephan Weil, Dietmar Woidke, Klaus Wowereit, Brigitte Zypries

STEUERUNGSGRUPPE

Teilnehmer/innen: Pofalla, Gröhe, Dobrindt, Nahles, Oppermann

ARBEITSGRUPPEN